

Bürgerbegehren stoppt Stadtratswahl in Karben

Sieg für die Demokratie – Schlappe für Rot-Grün

Innerhalb von nur vier Wochen hatten die Oppositionsparteien CDU, FDP und FWG knapp 3.300 Unterschriften gesammelt, um durch einen Bürgerentscheid die Verkleinerung des Magistrats zu erreichen. Die rot-grüne Koalition wollte sich darüber hinwegsetzen und trotz der prekären Finanzlage der Stadt und des allgemeinen Sparkurses einen weiteren hauptamtlichen Stadtrat wählen, bis das Verwaltungsgericht diesen Skandal stoppte.

Die Richter folgten auf ganzer Linie den Argumenten der Opposition und wiesen die Einwendungen des Magistrats zurück. Das Gericht hat deutlich gemacht, dass es nichts erkennen könne, was gegen die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens spräche. Bei einem Bürgerentscheid könnten die Karbener selbst in freier Abstimmung entscheiden, ob sie wirklich drei Berufspolitiker finanzieren möchten. Zurzeit versucht der Magistrat zwar noch, den Gießener Richterspruch in der nächst höheren Instanz aufheben zu lassen, doch auf Grund der klaren Rechtslage wird er dabei wohl chancenlos bleiben.

„Bürgermeister Roland Schulz wird gleich zu Beginn seiner Amtszeit einsehen müssen, dass er die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürger nicht verletzen darf. Schließlich hat der Gesetzgeber mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ein sinnvolles Element in die Kommunalverfassung einfließen lassen, um direkte Demokratie zu ermöglichen. Dieses Recht auf unmittelbare Mitbestimmung kann weder der Bürgermeister noch die rot-grüne Koalition außer Kraft setzen“, kommentiert Mario Beck, stellvertretender Vorsitzender der Karbener CDU-Fraktion.

In der Sache hatten SPD und Grüne den Argumenten der Opposition ohnehin kaum etwas entgegenzusetzen. Schließlich ist es für eine Stadt in der Größenordnung Karbens absolut unüblich, sich neben dem Bürgermeister zwei hauptamtliche Stadträte zu leisten, die jeweils über 100.000 Euro pro Jahr kosten. Über Jahrzehnte hinweg wurde Karben von einem Bürgermeister und einem Ersten Stadtrat regiert, auch in der schwierigen Aufbauphase der Stadt. Warum also nun ein weiterer Berufspolitiker trotz andauernder Defizite – allein 2 Mio. Euro im Jahr 2004 – und Schulden von 35 Mio. Euro? Warum sollen alle sparen, nur der Magistrat nicht? Letztlich konnten SPD und Grüne darauf nie eine Antwort geben, auch wenn alle Beteiligten sie kannten: Nachdem die SPD ihrem grünen Koalitionspartner mit der Wahl von Dr. Gerd Rippen die Stelle des Ersten Stadtrats überlassen hatte, wollten die Genossen auf ihre Pfründe nicht verzichten und noch einen der ihren im Rathaus installieren – koste es, was es wolle. Dass die Bürger diese Selbstbedienungspolitik nicht mittragen, machten sie mit ihren Unterschriften für das Bürgerbegehren deutlich. Sie setzten damit ein Zeichen für gelebte Demokratie und haben damit offensichtlich auch Erfolg.



Kurt Kreß (FDP) und Dr. Stefan Zahradnik (CDU) vor der Übergabe der Unterschriftslisten.

Weitere Informationen zum Thema
finden Sie unter:

<http://www.im-klartext.de>

Ein Grüner in die Spitze des Rathauses gewählt

CDU stimmte für parteilosen Konkurrenten – Zahradnik: „Ein Versuch der Schadensbegrenzung“

Mit 20 Stimmen wurde Dr. Gerd Rippen (Bündnis 90/Die Grünen), ein bekennender Gegner der Nordumgehung Groß-Karben, durch die Stadtverordnetenversammlung zum Ersten Stadtrat gewählt. Der Chemiker ist Nachfolger von Hans Puchtinger, dessen Wiederwahl SPD und Grüne in der November-Sitzung abgelehnt hatten. Unruhig wurde es im Saal, als Kurt Kreß (FDP) mit dem parteilosen Peter Hofmann einen Gegenvorschlag präsentierte. Hofmann, nie Mitglied der Grünen gewesen, saß jedoch für diese in der Stadtverordnetenversammlung, bevor er sich nach der Nominierung Rippens aus dem Gremium zurückzog. Hofmann unterscheidet sich von Rippen zwar kaum in der Verkehrspolitik, ist ansonsten aber aufgeschlossener gegenüber den Ideen der Opposition und steht – im Gegensatz zu Rippen – der Wahl eines zweiten hauptamtlichen Stadtrats kritisch gegenüber. So war es dann auch zu erklären, dass Stadtverordnete der CDU, die eigentlich bei der Wahl Rippens einfach mit „Nein“ stimmen wollten, nach kurzer Sitzungspause für den überraschend vorgeschlagenen Hofmann votierten. SPD-Vorsitzender Jochen Schmitt, der den umstrittenen Posten des zweiten hauptamtlichen Stadtrats für sich be-

anspricht, bezeichnete die Stadtverordnetenversammlung daraufhin in einem Flugblatt als „Intrigantenstadel“ und warf der Opposition vor, das Votum für Hofmann sei unverständlich. Die Kritik wird vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Stefan Zahradnik jedoch zurückgewiesen: „Unsere Stimmabgabe für Peter Hofmann ist ganz leicht zu erklären. Nachdem bis zuletzt alle Versuche fehlschlagen, die SPD von der Aufgabe der rot-grünen Koalition zu überzeugen, hat definitiv festgestanden, dass ein Gegner der Nordumgehung zum Ersten Stadtrat gewählt wird. Das Votum für Peter Hofmann ist in dieser Situation der letztmögliche Versuch der Schadensbegrenzung gewesen. Hätte Peter Hofmann eine Mehrheit erhalten, wäre den Stadtverordneten der Grünen garantiert die Lust vergangen, noch einen zweiten hauptamtlichen Stadtrat zu wählen. Damit wäre dem Wunsch sehr vieler Bürger Rechnung getragen worden. Natürlich war die Stimmabgabe eine taktische Entscheidung. Die Wahl eines Grünen war aufgrund der rot-grünen Mehrheit ohnehin nicht zu verhindern. Also haben wir versucht, das Beste daraus zu machen. Dies ist auch legitim.“ Dass nun ein Gegner der Nordumgehung Erster Stadtrat ist,

fällt auf die SPD zurück. Ihr stand es bis zuletzt frei, die Koalition zu kündigen und gemeinsam mit allen Fraktionen einen Bewerber zu suchen, der die Stadt finanziell wieder dorthin bringt, wo sie nach Ausscheiden von Paul Schönfeld vor zwölf Jahren einmal stand. Zahradnik: „Diese Möglichkeit hat die SPD jedoch nicht genutzt und der Stadt dadurch schweren Schaden zugefügt.“

Kurz notiert

Kein Konzept

Teile der Bundesregierung beabsichtigen, den Wehr- und Zivildienst abzuschaffen. Noch ist keine Entscheidung gefallen, jedoch gehen sowohl die Bundeswehrführung als auch Zivildiensteinrichtungen „auf Nummer sicher“ und arbeiten bereits jetzt an Alternativkonzepten. Auch wenn die Union an der Wehrpflicht festhalten will, sollte nach Ansicht der Karbener CDU die Stadt als Anbieterin von Zivildienststellen (Pflegedienst, Umweltamt, JUKUZ) einen „Plan B“ griffbereit haben. Als der Stadtverordnete Mario Beck nach der Alternativplanung des Magistrats fragte, war die Antwort schlicht: Wir haben keine.

Cornelius neuer Stadtrat

Für Helga Fritsch, die aus Karben wegzog, ist Gerhard Cornelius als ehrenamtlicher Stadtrat in den Magistrat nachgerückt. Sein Stadtverordnetenmandat musste der Rendelaer daher aufgeben. Für ihn rückte Peter Biebricher nach.

Penkwitt Stadtverordneter

Ebenfalls neu in der Stadtverordnetenversammlung ist Volker Penkwitt. Der Petterweiler folgt Rolf Hollender, der sein Amt nach langjährigem Engagement abgab, um seinem Nachfolger bis zur nächsten Kommunalwahl die Einarbeitung zu ermöglichen.

Bachmann geehrt

CDU-Ehrenvorsitzender Alfons Bachmann wurde von der katholischen Kirche für seinen Jahrzehnte andauernden Einsatz für die Kirche geehrt. Unter anderem wirkte Bachmann maßgeblich am Bau der Bonifatius-Kirche in Klein-Karben mit.



Gerade in Zeiten knapper Kassen müssen Prioritäten gesetzt werden für Bereiche, in denen trotzdem investiert werden muss. Dazu zählt unbestreitbar die Bildung. Daher trägt die CDU den Beschluss mit, die Selzerbachschule zusätzlich zum Erweiterungsbau (rechts im Bild) um weitere zwei Klassenräume zu ergänzen. Bereits im letzten Jahr besuchte eine Delegation der Union die Schule, unter anderem um sich über die Ausbaupläne zu informieren. Die Kreistagsabgeordneten der Karbener CDU, unter anderem Eva-Maria Römer, haben sich für das Projekt stark gemacht. Nun kam eine Vereinbarung zwischen Stadt und Kreis zustande, wonach beide je die Hälfte der Kosten tragen. Der Bau beginnt im Sommer 2005.

Fragen und Antworten zur Finanzlage der Stadt

Vor wenigen Wochen beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Haushalt 2004. Das 478 Seiten dicke Werk regelt alle finanziellen Belange der Stadt – von wem sie Geld einnimmt und für was sie es ausgibt. Der stellvertretende Vorsitzende der Karbener CDU-Fraktion Mario Beck beantwortete einige Fragen dazu, um etwas Licht in die schwierige Materie bringen.

IM KLARTEXT: Es kursierten in den letzten Wochen ja verschiedene Zahlen über die Verschuldung der Stadt. Wie hoch sind die Schulden wirklich?

BECK: Karben hat rund 25 Millionen Euro langfristige Verbindlichkeiten. Hinzu kommen 10 Millionen Euro Kassenkredite, mit denen die Haushaltsdefizite der letzten Jahre finanziert werden. Das macht zusammen 35 Millionen Euro. Eigentlich muss man hierzu noch die 14 Millionen Euro addieren, mit denen die ausgegliederten Stadtwerke in der Kreide stehen.

IM KLARTEXT: Wie viel ist das im Vergleich zu anderen Städten?

BECK: Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.590 Euro, und zwar ohne Stadtwerke, hat Karben den dritthöchsten Schuldenstand unter den 25 Wetterauer Gemeinden. Zum Vergleich: In Friedberg kommen auf jeden Einwohner lediglich 194 Euro Schulden.

IM KLARTEXT: Was bedeuten diese hohen Schulden denn für die Stadt? Spüren die Menschen das überhaupt?

BECK: Jedes Jahr muss die Stadt immer höhere Zahlungen für Zins und Tilgung bestreiten. Im Jahr 2004 wendet der Magistrat 1,6 Millionen Euro alleine für die Zinsen auf. Dieses Geld fehlt immer mehr für öffentliche Investitionen, und die Gefahr steigt, dass der Magistrat weiter an der Steuer- und Abgabenschraube dreht.

IM KLARTEXT: Woher kommt denn die Misere? Nimmt die Stadt zu wenig ein, oder gibt sie zu viel aus?

BECK: Karben musste in den Jahren 2001 und 2002 gegenüber den beiden Vorjahren erhebliche Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer verkräf-



Mario Beck, 23 Jahre, Student der Betriebswirtschaftslehre, stv. Fraktionsvorsitzender

ten. Deren Aufkommen hat sich aber mit über vier Millionen Euro wieder auf das Normalmaß der 90er Jahre stabilisiert. Sehr konstant ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der sich auf über zehn Millionen Euro pro Jahr beläuft. Betrachtet über einen Zeitraum von zehn Jahren kann die Stadt leicht gestiegene Steuereinnahmen und ein etwa konstantes Niveau an öffentlichen Investitionen ver-

zeichnen. Im selben Zeitraum sind die Schulden aber auf das Elffache gestiegen. Offensichtlich leistet sich die Stadt zu viel Bürokratie.

IM KLARTEXT: Und wo könnte gespart werden?

BECK: Wer sparen will, muss oben anfangen, deshalb auch das Bürgerbegehren zur Verkleinerung des Magistrats. Außerdem hat die CDU bereits zahlreiche Anträge zur Verschlinkung der Verwaltung gestellt, etwa im Bereich des Umweltamts, des Rechtsamts und des Rechnungsprüfungsamts, ist daran aber an SPD und Grünen gescheitert. Ebenfalls abgelehnt wurden von Rot-Grün im vergangenen Jahr die Schiebung bzw. Streichung von Investitionen wie JUKUZ-Ausbau und Schlosssanierung. Mittlerweile hat der Magistrat jedoch eingesehen, dass für Prestigeobjekte kein Geld mehr da ist und ist den meisten CDU-Anträgen, wenn auch erst im Nachhinein, gefolgt. Den Bürokratieabbau – vor allem die Verkleinerung des Magistrats – bekämpfen SPD und Grüne weiterhin mit allen Mitteln. Die Stadt muss sich aber auf ihre Kernaufgaben, zum Beispiel Kinderbetreuung, öffentliche Sicherheit, Feuerwehren und Vereinsförderung, konzentrieren statt die Bürger mit zu viel Bürokratie, zum Beispiel in Gestalt der ehemaligen Baumsatzung, zu gängeln.



Eva-Maria Römer wurde erneut zur Vorsitzenden der Karbener CDU gewählt. Ihre Stellvertreter wurden Reinhard Wortmann (rechtes Bild, 1.v.l.), Ortsbeiratsmitglied in Klein-Karben, und Tim Krumpholz (3.v.l.), der Vorsitzende der Jungen Union. Der 23-jährige Okarbener soll für eine Verjüngung im Stadtverband sorgen und wird dabei von seinen zu Beisitzern gewählten JU-Kollegen Dirk Hengst (23 Jahre, Groß-Karben) und Barbara Büttner (25 Jahre, Klein-Karben) unterstützt. Für die Finanzen bleibt weiterhin Klaus Geier (Groß-Karben, 3.v.r.) zuständig. Neuer Schriftführer ist Werner Gold (Groß-Karben). Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer Stephan Diefenthäler (Burg-Gräfenrode), Philipp von Leonhardi (Groß-Karben, 2.v.l.), Gerhard Christian (Petterweil, m.) und Jürgen Hintz (Groß-Karben, 1.v.r.). Eine weitere Personalie der letzten Mitgliederversammlung war die Ehrung von Friedrich Schwaab (Petterweil) für 25 Jahre treue und engagierte Mitgliedschaft (im linken Bild zusammen mit Eva-Maria Römer und dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Rainer Schwarz (m.)).

Grüne verlieren den Rest ihrer Glaubwürdigkeit

Wie soll Karben in Zukunft aussehen? Mit dieser Frage befassten sich die Stadtverordneten bei ihren Beratungen über die Änderung des Flächennutzungsplans. Neben viel Übereinstimmung gab es dabei auch zwei kontrovers diskutierte Punkte: die Ansiedlung von Großmärkten in der Innenstadt und die Verlegung des KSG-Sportplatzes.

Die CDU begrüßt grundsätzlich den Lückenschluss zwischen Bahnhof und City-Center, zumal das dortige Areal derzeit alles andere als ein schönes Erscheinungsbild am Eingang des Zentrums darstellt. Jedoch hätte sich die Union die Bebauung eine Nummer kleiner – mit Läden, Gastronomie und ähnlichem – vorgestellt, während die Pläne des Magistrats weitere Großmärkte vorsehen. „Wir dürfen uns nicht über das Sterben der Läden in den Stadtteilen beklagen, diese Läden zum Teil sogar subventionieren, zugleich aber eine Zentralisierung des Lebensmittelhandels betreiben“, warnt der CDU-Stadtverordnete Dr. Michael Mondre. Für ihn und seine Fraktionskollegen ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb die Stadt nicht zuerst den Bau der Nordumgehung abwartet. Schließlich ziehen Großmärkte weiteren Verkehr an, der nicht richtig zu- und abfließen kann, solange nicht für die Entlastungsstraße gesorgt ist.

Trotz dieser Bedenken haben SPD und Grüne ihre Pläne gegen die Opposition und gegen massive Einwendungen der Umweltverbände durchgesetzt – gestützt auf ein vom Investor bezahltes Gutachten.

Dissens besteht auch bezüglich der Bebauung des KSG-Sportplatzes. Die Christdemokraten treten dafür ein, den Sportplatz zu erhalten und teilen damit die Forderung einer Bürgerinitiative im Hessenring, die dafür im vergangenen Jahr zahlreiche Unterschriften gesammelt hatte. So sollen wohnortnahe Spiel- und Sportmöglichkeiten erhalten bleiben und eine zusätzliche Verdichtung des Gebiets verhindert werden. Auch die Umweltverbände sehen dies so, da der neue Standort für den Sportplatz in einem Hochwassergebiet an der Nidda liegt.

Seltsam ist vor allem das Verhalten der Grünen, die in beiden Punkten gegen die massiven Bedenken aller Umweltverbände gestimmt haben. „Ganz

offensichtlich ist den Grünen der eigene Machterhalt und ihr Stadtratsposten wichtiger als ihre früheren, mittlerweile aufgegebenen Inhalte“, bewertet Mondre dieses Verhalten.

Einwendungen von Bürgern nicht berücksichtigt

Wenn ein Flächennutzungsplan oder ein Bebauungsplan aufgestellt oder geändert werden soll, wird der Entwurf einen Monat lang öffentlich ausgelegt. Alle, die sich von der Planung betroffen fühlen, haben dann Gelegenheit, Bedenken und Anregungen einzureichen, und die Stadtverordnetenversammlung ist verpflichtet, über diese Eingaben zu beraten und dazu Stellungnahmen zu beschließen.

Doch wo waren die Schreiben aus der Bevölkerung als die Änderung des Flächennutzungsplans beraten werden sollte? Es seien keine eingegangen, tönte es von der Magistratsbank. „Das kann nicht sein. Ich weiß ganz genau, dass Bürger Bedenken vorgetragen haben“, äußerte CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Stefan Zahradnik und beantragte, die vorgesehene Abstimmung zu vertagen. Keine Chance – SPD und Grüne drückten die Abstimmung mit ihrer Mehrheit durch. Peinlich für Rot-Grün, denn schon am nächsten Tag musste der Magistrat einräumen, dass doch Schreiben von Bürgern vorliegen. Die Konsequenz: In der nächsten Sitzung muss erneut beraten und die Abstimmung wiederholt werden.



Zwischen City-Center und Aldi-Markt sollen die von Umweltverbänden abgelehnten Großmärkte entstehen. Auch das Amt für Straßen- und Verkehrswesen ist skeptisch, da die Bahnhofstraße bereits sehr stark belastet und die Nordumgehung noch nicht realisiert ist.



Tim Krumpholz (23) wurde einstimmig als Vorsitzender der Jungen Union Karben bestätigt. „Die JU Karben ist ein sehr aktiver Verband, was sich unter anderem bei den monatlichen Stammtischen und dem Zugewinn von 11 Neumitgliedern zeigt“, bilanzierte Krumpholz. Ihm zur Seite als Stellvertreter stehen Barbara Büttner (25 Jahre) und Dirk Hengst (23). Für die Finanzen bleibt Michaela Jörg (19) zuständig, während Mario Beck (23) die Pressearbeit erledigt. Als Beisitzer komplettieren den Vorstand Alexander Jörg – mit 16 Jahren jüngstes Vorstandsmitglied – sowie Jens Boy, Felix Friedrich, Marc Hengst und Christian Neuwirth. Den Wahlen folgte eine Diskussionsrunde mit dem Europaabgeordneten Michael Gahler.

Impressum

Herausgeber:
Christlich Demokratische Union
Stadtverband Karben
Im Sauerborn 4, 61184 Karben
Tel. (06039) 7568

Redaktion:
Mario Beck, Prof. Dr. Jürgen Milnik,
Eva-Maria Römer

Auflage:
9.000 Exemplare

Die Homepage des CDU-Stadtverbandes finden Sie unter:

<http://www.cdu-karben.de>